

003_pol

Antrag zum Parteitag BuPa 2023

Datum	07.03.2023
Antragsteller	
Mitgliedsnummer	
Kontakt	
Gegenstand / Thema	Aufhebung Prostituiertenschutzgesetz
abstimmungsfähiger Wortlaut	<p>Die basisdemokratische Partei Deutschlands dieBasis fordert die vollständige Entkriminalisierung der Sexarbeit. Das bedeutet die ersatzlose Aufhebung des Prostituiertenschutzgesetzes, die Aufhebung aller diskriminierenden Sperrbezirke, die Streichung aller besonderen kommunalen, Länder- und Bundessteuern (Stichwort „Vergnügungssteuern“) und die Anpassung des Prostitutionsgesetzes, sodass normale Anstellungsverhältnisse möglich werden. Für Sexarbeit soll, wie bei jedem anderen Gewerbe, eine bloße Anmeldung nach gewerberechtlichen Vorgaben verlangt werden. Alle eventuell in Zukunft wünschenswerten spezifischen gesetzlichen Regelungen in Bezug auf Sexarbeit dürfen nur in enger Abstimmung mit den wirklichen Interessenvertretern der Sexarbeitenden (wie z. B. dem Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen BesD e. V., dem Verein Doña Carmen e. V.) erarbeitet werden.</p>

Begründung

Eine vollständige Entkriminalisierung der Sexarbeit ist ein Gebot der Freiheit: der einvernehmliche Sexualverkehr zwischen erwachsenen Menschen und der einvernehmliche Austausch von Geld ist etwas, in das sich keine Gesetzgebung einzumischen hat. Die mit dem Prostituiertenschutzgesetz eingeführte Registrierungspflicht und psychosoziale Zwangsberatung ist ein erheblicher Eingriff in die Freiheitsrechte erwachsener Menschen und eine datenschutzrechtliche Katastrophe. Außerdem hat dieses Gesetz zahlreiche Sexarbeitende in die Illegalität getrieben, wo sie erst recht schutzlos sind. Das Prostituiertenschutzgesetz ist auf ganzer Linie gescheitert – es sei denn, dieses Gesetz sollte nicht die „Prostituierten“ schützen, sondern die Gesellschaft vor diesen. Es gehört gerade darum ersatzlos abgeschafft.